Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

BSBD dbb

E 5604

Der Vollzugsdienst

4-5/2017 – 64. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Neue Bundesleitung erstattet Bericht: BSBD-Bundeshauptvorstand tagte in Fulda

Bundesweite Interessenvertretung für Justizvollzugsbedienstete

Seite 1

BSBD Hessen interveniert: Die Gewalt in den hessischen Vollzugsanstalten nimmt zu

Bedienstete brauchen die Unterstützung ihrer Vorgesetzten

Seite 44

Die Schließung der JVA Gera wirft ihre Schatten voraus

BSBD: Anstalten endlich mit dem erforderlichen Personal ausstatten

Seite 90

Personalräte des BSBD Baden-Württemberg tagen in Hößlinsülz

Bremen

Rheinland-Pfalz

Thüringen

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

1 BSBD-Bundeshauptvorstand tagte in Fulda

2 Reformmodell aus Hamburg eine Alternative zur Beihilfe?

3 18. dbb Bundesjugendtag in Berlin

4 Senioren-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

4 Übergangszahlung nach TV-L § 47

5 Wohin entwickelt sich die Demokratie?

LANDESVERBÄNDE

6 Baden-Württemberg

19 Bayern

21 Berlin

28 Brandenburg

35 Bremen

38 Hamburg

43 Hessen

50 Mecklenburg-Vorpommern

57 Niedersachsen

61 Nordrhein-Westfalen

75 Rheinland-Pfalz

80 Saarland

81 Sachsen

85 Schleswig-Holstein

90 Thüringen

FACHTEIL

94 Schadenersatz bei fehlerhafter Berechnung von Versorgungsbezügen

Redaktionsschluss
für die Ausgabe 6/2017:
⇨⇨ 15. November 2017

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de **www.bsbd.de**
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Axel Lehrer	axel.lehrer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	**vollzugsdienst@bsbd.de**
Geschäftsstelle:	**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands** Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	**Vorsitzende**	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Renè Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

„Moderner Strafvollzug“ auf gutem Weg

Landespressekonferenz am 5. Juli 2017 in Stuttgart mit Landtagsabgeordneten der GRÜNEN und der CDU sowie mit dem BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid

Arbeitsgruppe „Moderner Strafvollzug“ der Landtagsfraktionen der GRÜNEN und CDU in Baden-Württemberg: „Wir wollen den Fokus auf die Belange der Beschäftigten und Gefangenen legen.“ Jürgen Filius MdL und Dr. Bernhard Lasotta MdL: „Mit der Arbeitsgruppe „Moderner Strafvollzug“ kommen Personen aus der Praxis zu Wort. Wir erarbeiten Vorschläge, die den Strafvollzug für die Herausforderungen der Zukunft rüsten.“

Der Strafvollzug steht durch gesellschaftliche Veränderungen vor neuen herausfordernden Aufgaben. Der rechtspolitische Sprecher der **CDU**-Landtagsfraktion, **Dr. Bernhard Lasotta** MdL, erklärt: „Die Anforderungen an die Mitarbeiter im Strafvollzug sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Wir erleben zum Beispiel vermehrt eine höhere Gewaltneigung der Gefangenen, psychische Auffälligkeiten, verstärkte Betäubungsmittelabhängigkeit, Sprach- und Verständigungsbarrieren sowie einen höheren Anteil an ausländischen Gefangenen.“ Die Arbeitsgemeinschaft moderner Strafvollzug erarbeitet daher mit vielen Experten Handlungsempfehlungen, die die Bedürfnisse des Strafvollzugs und seiner Bediensteten betreffen.

Der rechtspolitische Sprecher der Fraktion **GRÜNE** im Stuttgarter Landtag, **Jürgen Filius** MdL, weist auf die vom Justizministerium im Dezember 2014 eingesetzte Expertenkommission zum Thema „Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“ hin. „Die Kommission hat sehr gute Arbeit geleistet und umfangreiche Vorschläge erarbeitet, die die Koalition schon teilweise umgesetzt hat und weiter umsetzen wird. An diese gute Arbeit wollen wir mit den erarbeiteten Vorschlägen anknüpfen und den Blick auf den Strafvollzug im Ganzen weiten.“

Die derzeit diskutierten Handlungsempfehlungen „Moderner Strafvollzug“ betreffen zu einem großen Teil grundlegende strukturelle Änderungen. So sei ein wichtiges Projekt der Arbeitsgruppe die Erarbeitung eines medizinischen Gesamtkonzepts für den Vollzug, so **Dr. Bernhard Lasotta** MdL. „Wir wollen dazu eine breite Kooperation mit Medizinern aus dem Vollzug, aus der Landesärztekammer, der BIOS-Initiative und anderen Beteiligten suchen. Die medizinische Grundversorgung muss durch ein Gesamtkonzept flexibel und abgestimmt gesichert werden. Das dient der Versorgung der Gefangenen, der Attraktivität der medizinischen Berufe und entlastet die Justizvollzugsbeamten. Neben einem neuen Justizvollzugskrankenhaus müssen weitere dezentrale Angebote an den Standorten der großen Justizvollzugsanstalten entwickelt werden.“

Auch die Resozialisierung und die Hilfestellung für Gefangene auf dem Weg zurück in ein legales Leben müsse stärker in den Fokus genommen werden. „Wir müssen bestehende Angebote ausbauen und neue schaffen. Die bestehenden Vorschriften zu Art und Weise des Vollzugs der Haft müssen evaluiert und die Angebote und Leistungen der Träger der Resozialisierung müssen gebündelt werden“, so **Jürgen Filius.** Es werde geprüft, ob ein Landesresozialisierungsgesetz die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen könne. Weiter seien konkrete Vorschläge zu Verbesserungen im Personal- und Baubereich in Arbeit, etwa eine neue Aus- und Fortbildungskonzeption oder flächendeckende und regelmäßige Supervisionsgespräche bei Gewalterfahrung von Beamten im allgemeinen Vollzugsdienst.

Darüber hinaus wird auch über personelle Fragen diskutiert. Im Fokus steht hier neben der insbesondere vom **Bund der Strafvollzugsbediensteten** als dringend notwendig erachteten Schaffung einer deutlichen Zahl von Neustellen in allen Bereichen des Strafvollzuges die Attraktivität des Berufsbildes, d.h. auch Beförderungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven, sowie die Anzahl und Einstufung der Personalstellen. Außerdem wolle man unter anderem Verbesserungen für Justizvollzugsbeamte erreichen, die Opfer von Gewalttaten und Übergriffen geworden seien und gleichzeitig Präventionsmaßnahmen entwickeln, die den anhaltend hohen Krankenständen beim Justizvollzugspersonal entgegen wirken helfen, betonten der Vorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Baden-Württemberg **BSBD Alexander Schmid** und die Rechtspolitiker von **Grünen** und **CDU Jürgen Filius** MdL und **Dr. Bernhard Lasotta** MdL am 5. Juli 2017 in Stuttgart.

Teilnehmer der ersten beiden AG-Sitzungen mit Fachbereich

- **Raimund Becker, ver.di** – Hauptthema: Angelegenheiten der Bediensteten
- **Dr. Dirk Bruder,** JVA Offenburg – Hauptthema: sozialtherapeutische Abteilungen
- **Dr. Udo Frank,** Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg – Hauptthema: Medizinische Versorgung/ Psychiatrie
- **Katja Fritsche,** JVA Adelsheim – Hauptthema: Jugendstrafvollzug
- **Patrick Herrling,** Landesbetrieb VAW – Hauptthema: Vollzugliches Arbeitswesen
- **Volkmar Körner,** Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg – Hauptthema: BGBW, Einbeziehung Ehrenamtlicher; Resozialisierung
- **Dr. Joachim Obergfell-Fuchs,** Bildungszentrum Justizvollzug Baden-Württemberg – Hauptthema: Bildungsangebote im Vollzug
- **Alexander Schmid,** Vorsitzender des Landesverbands des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands – Hauptthema: Angelegenheiten der Bediensteten
- **Andreas Teichmann,** JVA Freiburg – Hauptthema: Medizinische Versorgung
- **Peter Zielinski,** JVA Freiburg – Hauptthemen: Personal, Haushalt und Organisation

Tagungstermine der Arbeitsgruppe

Die Gruppe hat am **28. März 2017** erstmals getagt. Am Nachmittag des 5. Juli fand die zweite Sitzung statt. Der 3. Sitzungstermin ist auf den 16. **November 2017** anberaumt.

Vom **BSBD**-Landesverband waren zu den ersten beiden Arbeitssitzungen der Vorsitzende **Alexander Schmid** und sein Stellvertreter **Peter Zielinski** eingeladen. Bei der ersten Sitzung, die sich über einen bemerkenswerten Zeitraum von rund fünf Stunden(!) erstreckte, wurde der Landesvorsitzende als Erster zur Abgabe seines Statements und der **BSBD**-Positionen aufgerufen.

Die **erste Sitzung** diente so einer ausführlichen und differenzierten Bestandsaufnahme der aktuellen Gegebenheiten im baden-württembergischen Strafvollzug.

In der **zweiten Sitzung** wurden die daraus gewonnenen Erkenntnisse erörtert und eine alle Vollzugsbereiche um-

fassender Liste von konkret-praktischen Maßnahmen erarbeitet, die in kurz-, mittel- und langfristige Perspektiven untergliedert waren. Der **BSBD** konnte sehr erfreut sein, dass in einer Reihe von Maßnahmen auch deutlich seine „Handschrift" zu erkennen war.

Zudem hat sich in der Sitzung vom 5. Juli 2017 die Arbeitsgruppe zusammen mit Vertretern der beteiligten Ministerien (Staatsministerium, Justizministerium, Sozialministerium, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung) mit den Vorschlägen befasst und daraus erste Handlungsempfehlungen erarbeitet. *(z.T. aus: PM der Fraktionen **GRÜNE** u. **CDU**)*

Bei der **dritten Sitzung** wird es schwerpunktmäßig um folgende **vollzugsrelevante Themen** gehen:

(1) Medizinkonzeption
(2) Fortbildungskonzeption
(3) Erste Überlegungen zum Resozialisierungsgesetz
(4) Islamische Gefangenenseelsorge
(5) Wissenschaftliche Studien
(6) Einbeziehung Ehrenamtlicher

Vorstellung der Ergebnisse und Maßnahmen aus der Arbeitsgruppe *moderner Strafvollzug* bei der Landespressekonferenz am 5.7. 2017

Die umfang- und detailreiche Maßnahmenliste wurde bei der Landespressekonferenz am 5. Juli 2017 in Stuttgart vorgestellt. Es war etwas Besonderes und bisher Einmaliges, dass **BSBD**-Landesvorsitzender **Alexander Schmid** in einer Reihe mit den einflussreichen Politikern der Arbeitsgruppe – **Jürgen Filius** MdL und **Dr. Bernhard Lasotta** MdL – auf dem Podium Platz nehmen konnte. Ihm wurde auch vom Leiter der LPK und von den Pressevertretern selbst viel Raum und Zeit gewährt, um die vielfältigen aktuellen und strukturellen Probleme des Justizvollzugs im Lande darstellen zu können. Hiervon hat er auch redlich Gebrauch gemacht, so dass selbst die Politiker über das hohe Interesse und das Beharrungsvermögen der versammelten Journalisten und Journalistinnen erstaunt waren. Die hohe Resonanz in der regionalen und auch überregionalen Presse konnte sich in den Folgetagen auch sehr gut ablesen lassen.

Wir wollen die Maßnahmenliste der Arbeitsgruppe „modernen Strafvollzug" mit ihren vielen, differenzierten und pragmatischen Handlungsempfehlungen vollständig hier abdrucken, damit wir nachher alle nachschauen können, ob und welche Punkte realisiert werden konnten und welche noch der Umsetzung in die Tat harren.

Die drei Initiatoren der Arbeitsgruppe „moderner Strafvollzug" bei der Landespressekonferenz am 5. Juli 2017 in Stuttgart

V.l.: Jürgen Filius, MdL – Dr. Bernhard Lasotta, MdL – Alexander Schmid, BSBD – Roland Muschel, Leiter Landespressekonferenz. *Foto: LPK*

Maßnahmenliste zur 2. Sitzung der AG „moderner Strafvollzug" (Stand 05.07.2017)

A. Kurzfristige Maßnahmen

I. Struktur

- Erarbeitung eines Gesamtkonzepts der medizinischen und psychiatrischen Betreuung von Gefangenen unter Einbeziehung des Neubaus des Justizvollzugskrankenhauses und notwendiger medizinischer Angebote in größeren Haftanstalten mit niedergelassenen Ärzten und Kliniken
- Beteiligung der Zivilgesellschaft im Management des Übergangs von der Haft in die Freiheit
- Prüfung der Möglichkeit von Skype-Gesprächen Gefangener mit Angehörigen unter Aufsicht
- Flächendeckende Versorgung mit Online-Dolmetscher-Angeboten
- Prüfung, wie der Daten-und Informationsfluss innerhalb und zwischen allen Diensten im Justizvollzug verbessert werden kann
- Ermöglichung der Zahlung von Entschädigungen gegenüber Bediensteten des Landes durch den Dienstherrn, wenn zivilrechtliche Ansprüche gegen die Täter mangels Masse nicht beibringbar sind, u. U. auch in Form einer Stiftung, zu der zugestiftet werden kann
- Verstetigung der Haushaltsmittel für die Schuldnerberatung im Justizvollzug

II. Bauliche Maßnahmen

- Herstellung von WLAN-Anschlüssen beim Bildungszentrum Justizvollzug

III. Aus- und Fortbildung

- Erstellung einer neuen Aus-und Fortbildungskonzeption

IV. Personal

- Schaffung weiterer Stellen für Medizinalreferenten in der Abt. IV des JuM
- Erhöhung der Stundensätze für freiberuflich tätige Ärzte im Justizvollzug
- Anhebung der Anwärtersonderzuschläge auf 70 v. H. des Anwärtergrundbetrages und Wegfall der Altersgrenze (Werk-und Krankenpflegedienst, differenziert im mittleren Vollzugsdienst)
- Flächendeckende und regelmäßige Supervisionsgespräche bei Gewalterfahrungen und außergewöhnlichen Belastungssituationen von Beamten im allgemeinen Vollzugsdienst, weiteres Etablieren einer Kultur der Fürsorge für die Bediensteten
- An Wochenenden und Feiertagen: generelle Verbesserung des Personalschlüssels, um Freizeitangebote und insbes. Besuchszeiten zu ermöglichen
- Schaffung neuer Stellen entsprechend den Empfehlungen der Expertenkommission
- Folgefinanzierung für ReSo + ZAP
- Verstärkte Beschäftigung mit dem Strafvollzug im Rahmen der Referendarausbildung; Prüfung, ob die Verwaltungsstation auch im Justizvollzug absolviert werden kann

B. Mittelfristige Maßnahmen

I. Struktur

- Aufwuchs des Budgets für den Maßregelvollzug entsprechend der Erhöhung der Bettenzahlen (SM)
- Stärkere Verknüpfung des Maßregelvollzugs mit der ambulanten Nachsorge (SM)
- Schaffung weiterer Stellen für Werkmeister
- Werbekampagne für Werkmeister,

insbes. aus dem Bereich Metall, Elektrotechnik und Polsterei sowie für Anwärter im allgemeinen Verwaltungsdienst im Justizvollzug und für den allgemeinen Vollzugsdienst
- Übergangsmanagement für ältere Gefangene: Bereitstellen von Wohnungen
- Prüfung der Einführung eines Landesresozialisierungsgesetzes zur besseren Koordination des Übergangs vom Vollzug in die Freiheit. In dem Zuge Evaluierung und ggf. Reform von Ordnungsvorschriften unter dem Aspekt der Stärkung von Ausbildung und gesellschaftlicher Integration als Vorrang vor anderen erzieherischen Maßnahmen
- Erstellung einer Konzeption für die islamische Gefangenenseelsorge
- Stärkere Kooperation mit dem Kultusministerium in der Beschulung von schulpflichtigen Gefangenen mit dem Ziel der Erhöhung der Verlässlichkeit des Unterrichts und des Lehrerschlüssels
- Mehr Wohngruppenvollzug in kleineren Gruppen ermöglichen
- Ausweitung und leitliniengerechte Ausgestaltung des Angebots von Suchttherapien innerhalb und außerhalb des Justizvollzugs (Minimierung der Wartezeiten)

II. Bauliche Maßnahmen

- Zügige Abarbeitung des Bauprogramms zwecks Herstellung eines zeitgemäßen Stands

III. Aus-und Fortbildung

- Schaffung weiterer Fortbildungsangebote für Mediziner beim Bildungszentrum Justizvollzug
- Fortbildung/Supervision für weibliche Bedienstete, wie mit geschlechterspezifischen Beleidigungen, Diskriminierungen etc. innerhalb der Belegschaft oder von Gefangenen umgegangen werden kann
- Gewinnung zusätzlicher haupt- und nebenamtlicher Lehr-und Verwaltungskräfte für die Aus-und Fortbildung im Rahmen der neuen Bildungskonzeption
- Nicht nur Angebot von funktionsspezifischen Tagungen, sondern auch übergreifende Tagungen ermöglichen

IV. Personal

- Angemessene Besoldung und verlässliche Rahmenbedingungen für Anstaltsärzte im Rahmen der medizinischen Gesamtkonzeption unter Berücksichtigung des Besoldungsgefüges im Justizvollzug
- Einführung von Integrationsbeauftragten unter Beteiligung von ehrenamtlich Tätigen als Ansprechpartnern für Gefangene mit Migrationshintergrund, insbes. für straffällig gewordene Flüchtlinge, und Ideengeber zur Überwindung von Sprachbarrieren
- Entwicklung eines Stufenkonzepts im Rahmen der Überarbeitung der Stellenobergrenzenverordnung innerhalb der laufenden Legislaturperiode und Angleichung des allgemeinen Vollzugdienstes und des Werkdienstes an die Obergrenzen des Polizeivollzugsdienstes
- Schaffung neuer Stellen in den Bereichen der baulich-technischen Sicherheit, des Werkdienstes und des allg. mittleren Vollzugdienstes
- Prüfung der Hebungen im gehobenen Verwaltungsdienst, im Sozialdienst, im psychologischen Dienst, bei Vollzugsdienst-, Außenstellen- und Werkdienstleitern
- Prüfung der Schaffung einer Wahlmöglichkeit zwischen Heilfürsorge und Beihilfe, auch unter Berücksichtigung der Vorsorgekuren

C. Langfristige Maßnahmen

I. Struktur

- Schaffung von Einsatzmöglichkeiten für Untersuchungsgefangene im Regelbetrieb des VAW
- Schaffung mehr sinnvollerer Tätigkeiten für Gefangene, z.B. Schaffung weiterer arbeitstherapeutischer Angebote, insbes. im landwirtschaftlichen Bereich und im Umgang mit Tieren
- Schaffung eines durchgängigen Dokumentationssystems, auf das je nach Stadium die JVA oder die BGBW Zugriff haben
- Fortsetzung der Betreuung der Straffälligen bei Kurzstrafen durch die BGBW über den Widerruf hinaus auch in der sich anschließenden Haft; flexibler Einsatz von Bewährungshelfern als Case Manager innerhalb wie außerhalb des Vollzugs
- Prüfung des institutionalisierten Austausches/Durchlässigkeit zwischen Sozialarbeitern im Justizvollzug und Bewährungshelfern
- Wissenschaftlich fundierte Prüfung der Durchlässigkeit zwischen Maßregelvollzug und Strafvollzug in beide Richtungen
- Mehr Spezialabteilungen für ältere Gefangene

II. Bauliche Maßnahmen

- Schaffung weiterer Unterrichtsräumlichkeiten für das Bildungszentrum Justizvollzug, vorzugsweise an einem Standort
- Investition in die Bauten des VAW sowie Schaffung von Produktions- und Lagerflächen
- Erneuerung/Sanierung der veralteten Anstaltsgebäude, Umsetzung Standort Rottweil

III. Personal

- Prüfung einer durchlässigen Karriereplanung im Justizvollzug

Der BSBD-Landesverband BW kann derzeit das durchaus positive Fazit ziehen, dass der Justizvollzug des Landes bei den Politikern und in der Öffentlichkeit angekommen ist, mit viel Ernst und Interesse angenommen wird und dass eine gemeinsame Suche nach Problemlösungen stattfindet. *wok*

Eine schwierige Aufgabe: In sehr unterschiedlichen Gefängnisarchitekturen – im Bild links die Justizvollzugsanstalt Freiburg – rechts die Justizvollzugsanstalt Heimsheim – vergleichbare Haftbedingungen und Dienstabläufe zu schaffen.

Justizminister Guido Wolf besucht Landesvorstandssitzung

Großes Interesse an den Themen Personalausstattung und Zugang von Neustellen im Justizvollzug

Am 14. Juli 2017 um 15:00 Uhr – einem Freitagnachmittag – stattete Justizminister Guido Wolf in Begleitung von Personalreferenten der Abt. IV, Harald Egerer, dem Landesvorstand bei seiner Sitzung in Herrenberg einen Besuch ab und schaffte somit ein Novum in der Chronik der BSBD-Vorstandssitzungen.

Justizminister Guido Wolf und BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid. *Foto: BSBD*

Zu Beginn gab er eine sehr persönliche eindrucksvolle Erklärung zu seiner Verantwortung in seinem Amte im Kontext zum sensiblen Bereich des Justizvollzuges ab. Er räumte hierbei dem Vollzug einen ganz besonderen Stellenwert für sein politisches Handeln ein.

Danach wurden eine ganze Reihe aktuell drängender Sachprobleme aus der angespannten Situation des baden-württembergischen Vollzugs erörtert; dazu gehörten insbesondere

– Überbelegung und Platzmangel in den Anstalten mit Maßnahmen zur Fortführung von sanierungsbedürftigen Haftgebäuden (z. B. JVA Stuttgart-Stammheim)
– damit einhergehend: höherer Personalbedarf
– Hohe Anteile von ausländischen Insassen, mit ersten Abhilfen durch den Einsatz von Video-Dolmetschern
– dazu auch: Fortbildung von Bediensteten zum Erwerb von Sprachkompetenzen
– Kooperationen mit Verbänden und Ministerien zum Ausbau der Resozialisierungsmaßnahmen, z. B. auch Schuldnerberatungen
– Sanierungsbedarf und digitale Ausstattung im Bildungszentrum Justizvollzug sowie Einführung von hauptamtlichen Lehrkräften – mit pädagogischer Ausbildung.

Wie nicht anders zu erwarten, fanden die Themen Personalausstattung und Zugang von Neustellen im Justizvollzug herausragendes Interesse. Für Justizminister **Wolf** war es klar, dass vom **BSBD** höhere Forderungen von 300 bis z.T. 500 zusätzliche Stellen vorgebracht würden – dies sei die nachvollziehbare Rolle der Gewerkschaft. Er selbst habe hierzu konkret folgende Eckwerte geschaffen:

- 67 Stellen im laufenden Haushalt aus den Empfehlungen der Expertenkommission.
- Für den Doppelhaushalt 2018/2019 sei ein Mehrbedarf von 250 Stellen anzumelden,
- davon 51 als weitere Maßgabe der Expertenkommission, 50 zum weiteren Betrieb des Baus I in Stammheim und 150 für die anderen Vollzugsanstalten.

Mit dieser Bedarfsanmeldung werde er in die vorbereitenden Beratungen zur Haushaltskommission gehen, die am 16. Juli 2017 – einem Sonntag – tagen werde und wobei alle Ressortchefs ihre Finanzwünsche einzeln vortragen sollten. Dabei werde das Justizministerium in sehr bescheidenem Umfang vorstellig werden, ganz andere Zahlen würden vom Innen-, Sozial-, Verkehrs-, Kultus- und Wirtschaftsressort erwartet. Damit endete nach mehr als einer Stunde das Gespräch von Justizminister **Guido Wolf** mit dem **BSBD**-Landesvorstand, das in einer freundlichen, entspannten und offenen Atmosphäre geführt worden war.

Ressortwünsche – Haushaltskommission – und was dabei herauskam

Euro-Geldscheine.
Foto: Robert Schlesinger/Archiv

Bereits zuvor und unmittelbar in der Folgewoche ging es dann zur Sache auf der überwichtigen politischen Finanzebene. Nach **dpa** betrugen die Mehrausgabenwünsche der Landesministerien für den Doppeletat 2018/2019 insgesamt 3,5 bis 3,6 Milliarden Euro und übersteigen die verfügbaren Mittel – nämlich 900 Mio. Euro – um das Dreifache. Dies bestätigten Koalitionskreise am Dienstag, dem 11. Juli 2017 der Deutschen Presse-Agentur.

An diesem Mittwoch tagte die **grün-schwarze** Haushaltskommission, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Konkret wurde es aber erst am Sonntag, dem 16. Juli: Dann haben die Ressortchefs der Kommission ihre Zahlen erläutert. Mit Forderungen in Höhe von rund 550 Millionen Euro für die Bereiche Sicherheit und Digitales führte Innenminister **Thomas Strobl (CDU)** die Liste an. Auf rund 540 Millionen Euro summierten sich die Wünsche von Sozialminister **Manne Lucha (Grüne),** auf 450 Millionen Euro die von Verkehrsminister **Winfried Hermann (Grüne).** Jeweils rund 420 Millionen Euro Mehrbedarf machten Kultusministerin **Susanne Eisenmann** und Wirt-

schaftsministerin **Nicole Hoffmeister-Kraut** (beide **CDU**) geltend.

Das Gremium beauftragte Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) nach Angaben aus Kommissionskreisen damit, die Summen in weiteren Gesprächen zu drücken und die Ausgabenwünsche zu priorisieren.

Andreas Schwarz, Grünen-Fraktionschef und **Wolfgang Reinhart, CDU**-Fraktionschef, teilten zu den von den Ministerien angemeldeten Mehrbedarfen mit: „Diese sind aus nachvollziehbaren Gründen hoch, denn die Ressorts machen Fachpolitik."

Ohne dass in der Öffentlichkeit viel oder gar Spektakuläres zu bemerken gewesen wäre, hat sich nach einer weiteren Meldung von dpa/lsw vom Samstag, dem 22. Juli 2017 um 19:40 Uhr, die grün-schwarze Landesregierung auf Ausgaben-Schwerpunkte für den Doppeletat 2018/2019 geeinigt. Die guten Steuereinnahmen machen es möglich: Die Regierung trennt sich von Stellenstreichungen – auch bei den Lehrern (und im Justizvollzug). Trotzdem können im neuen Doppeletat nicht alle Wünsche umgesetzt werden.

Nach zähen Beratungen fasste die Haushaltskommission der Regierung am Samstag in Stuttgart eine Reihe von Beschlüssen. So kann Kultusministerin **Susanne Eisenmann (CDU)** mit rund 1350 zusätzlichen Lehrern rechnen. Gestärkt werden auch Polizei und Justiz sowie die Umweltverwaltung. Zudem sollen 2018 mindestens 200 Millionen Euro des Schuldenberges des Landes abgebaut werden, wie **Grünen**-Fraktionschef **Andreas Schwarz** und **CDU**-Fraktionschef **Wolfgang Reinhart** sagten. Die Kredittilgung für 2019 wollen die Koalitionäre festlegen, wenn im Herbst die nächste Steuerschätzung vorliegt. Das Land ist mit 47 Milliarden Euro verschuldet.

„Die Reformen im Bildungsbereich müssen weitergehen", sagte **Schwarz.** Die 1350 zusätzlichen Lehrerstellen speisen sich aus Stellen, die eigentlich wegfallen sollten, aber jetzt erhalten bleiben, sowie aus Lehrern, die für andere Aufgaben abgeordnet waren und nun in den Unterricht zurückkehren sollen. Die **grün-rote** Vorgängerregierung hatte für die Zeit zwischen 2018 und 2020 eigentlich einen weiteren Abbau von Lehrerstellen vorgesehen. Dieser wird nun aber gestoppt – auch weil es wegen des Zustroms von Flüchtlingen mehr Schulkinder als ursprünglich angenommen gibt. Die Polizei soll 2018/2019 mit rund 1400 Stellen gestärkt werden. Dabei handelt es sich aber nur zum Teil um Beamte. So will die Koalition die Zahl der Polizeianwärter hochschrauben und die Beamten dadurch entlasten, dass sie den so genannten Nicht-Vollzug stärkt – darunter fallen beispielsweise Schreibkräfte. 325 Millionen Euro stehen im Doppelhaushalt für die ressortübergreifende Aufgabe der Digitalisierung bereit – bis 2021 sollen es eine Milliarde Euro sein, wie **CDU**-Fraktionschef **Reinhart** sagte.

Die Landesregierung plant Mehrausgaben in Höhe von rund einer Milliarde Euro. Die Wünsche der Ressorts waren aber weitaus höher. Deshalb

Finanzministerin Edith Sitzmann.

wurde in mehreren Sitzungen über Streichungen diskutiert. So muss Justizminister Guido Wolf (CDU) damit klarkommen, dass von seinen angemeldeten 250 neuen Stellen im Bereich des Justizvollzugs zunächst nur rund 100 umgesetzt werden. Die Umweltverwaltung bekommt 225 neue Stellen – auch, um Genehmigungsverfahren im Umwelt- und Naturschutz schneller zu bearbeiten.

Zudem zahlt das Land mehr in den Versorgungsfonds für Beamte. Von 2020 an fließen monatlich 750 Euro für jeden neu eingestellten Beamten und 1000 Euro für jede neu geschaffene Stelle in den Fonds. Bislang sind es 500 Euro pro Monat. Auch sollen dem Versorgungsfonds in den Haushaltsjahren 2018/2019 weitere 120 Millionen Euro zusätzlich zugeführt werden. Ursprünglich sollte diese Entscheidung erst mit der November-Steuerschätzung im Herbst fallen.

Wie hoch die Ausgaben und Einnahmen des neuen Haushalts unterm Strich sein werden, ist noch unklar. Dies hängt auch von den Steuereinnahmen ab, die die neue Prognose im Herbst beziffert. *(aus: dpa/lsw vom 22.07.2017)*

Der **BSBD**-Landesvorsitzende **Alexander Schmid** konnte nach einem Telefonat am 25. Juli 2017 mit Justizminister **Wolf** diese ganze Personalangelegenheit für den Justizvollzug in den Haushaltsjahren 2018/2019 noch etwas aufdröseln:

„Herr Minister hat mich gerade in einem Telefonat informiert, dass im Zuge der abschließenden Verhandlungen der Haushaltskommission zum DH 2018/19 insgesamt **151 Neustellen für den Justizvollzug** erzielt werden konnten.

- Rest aus Empfehlungen der Expertenkommission: **51 Stellen** (im Vollzugsdienst),
- Neustellen zur allgemeinen Ertüchtigung und Verstärkung **100 Stellen** (hier waren ja 200 Stellen gefordert).
- Daneben sind noch **64 neue Stellen für Justizwachtmeister** bei den Gerichten genehmigt worden.

Vor dem Hintergrund, dass der Weiterbetrieb von Bau I der JVA Stuttgart ca. 50 Stellen binden wird, sind also nur noch ca. 100 Stellen landesweit zu verteilen.

Es wird deshalb für notwendig erachtet, dass der nächste Doppelhaushalt dann mit der Forderung nach der Erfüllung der Reststellen – also weiteren 100 Stellen – ausgestattet sein muss.

Daneben werden dort auch Erkenntnisse aus der AG Moderner Justizvollzug einfließen können.

Insgesamt ist dies ein Ergebnis, welches – wie ich finde – zwar keine Luftsprünge auslöst, aber in Relation zu bisher eine echte Verbesserung der Personalausstattung darstellt. Allerdings: „Aus Sicht des Ministeriums sind die Ergebnisse ein echter Erfolg", sagte Wolfs Sprecher der *„Schwäbischen Zeitung"* am Sonntag.

Ich habe bei dieser Gelegenheit aber nochmals deutlich gemacht, dass die Themen Stellenobergrenzen und Anwärtersonderzuschlag jetzt noch mehr Gewicht bekommen; denn was bringen uns (schon heute) Neustellen, wenn wir keinen Nachwuchs finden."

In dieser Bemerkung liegt auch ein gewichtiger Knackpunkt: Größtes Problem dürfte wohl weniger die Finanzierung dieser Zusatzstellen sein als vielmehr die hohe Konkurrenz, die von Polizei, Sozial- und Migrationsberatung, ÖPNV sowie auch von der freien Wirtschaft ausgeht. Es ist wohl zu befürchten, dass eine regelrechte Jagd veranstaltet werden muss, um überhaupt noch geeignete und fähige Bewerber und Bewerberinnen für den Justizvollzug finden und gewinnen zu können. Es dürfte fürwahr sehr schwierig werden, gestandene Männer und Frauen im Alter bis zu 26 Jahren – eventuell mit Familienanhang – mit einem monatlichen Anwärtersalär in Höhe von derzeit 1.157,89 Euro anlocken und davon für zwei Jahre Ausbildungszeit überzeugen zu können. *wok*

Politische Offensive geht weiter

BSBD bei den Fraktionen im Gespräch

Der **BSBD**-Landesvorsitzende **Alexander Schmid** und weitere Mitglieder des Landesvorstandes waren zum Ende der Sommerpause in Sachen Justizvollzug aktiv unterwegs. So hatte **Alexander Schmid** im Rahmen des **Mediensommerfestes** der **CDU**-Landtagsfraktion am 7. September 2017 die gute Gelegenheit, mit hochrangigen Repräsentanten der Politik und mit den zahlreich anwesenden Vertretern der Presse ins Gespräch zu kommen.

Solche Gelegenheiten gilt es zu nutzen, um auf die dringenden Notwendigkeiten im Justizvollzug fortwährend hinzuweisen. Am 12. September konnte **Schmid** in gleicher Weise, diesmal beim Sommerfest der **FDP**-Fraktion, agieren. Auch hier war Stuttgart eine Reise wert.

Am 13. September war dann der **BSBD**, vertreten durch den Vorsitzenden **Schmid** und seinen Stellvertreter **Michael Schwarz**, zu Gast im Landtag. Die **SPD**-Fraktion hatte eingeladen und war fast vollzählig anwesend, als die **BSBD**-Vertreter den Justizvollzug in Baden-Württemberg aus ihrer Sicht darstellten, die drängendsten Fragen aus dem Vollzugsalltag hervorhoben und dabei teils sehr betroffene Mienen hinterließen. Erfreulich war besonders, dass konkrete Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit zwischen dem **BSBD** und der **SPD**-Fraktion getroffen werden konnten und damit auch konstruktive Oppositionsarbeit zum Wohle des Justizvollzuges erleichtert bzw. gestaltet werden kann.

Wir freuen uns jedenfalls, dass die genannten Fraktionen den Justizvollzug und seine Beschäftigten, vertreten durch den **BSBD**, so intensiv wahrnehmen und damit wirksame und nachhaltige Fortschritte ermöglichen helfen können. *als/wok*

BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid im Gespräch mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL. *Foto: BSBD*

SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch, flankiert vom BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid und seinem Stellvertreter Michael Schwarz. *Foto: BSBD*

JETZT & SOFORT.
BADISCH GUT VERSICHERT.

BGV
BADISCHE VERSICHERUNGEN

Die BGV Kfz-Versicherung.
Exklusiver Schutz zum
fairen Preis.

BGV / Badische Versicherungen
Durlacher Allee 56 / 76131 Karlsruhe
Telefon 0721 660-1037 // E-Mail oed@bgv.de

NACHRUF

Unser Ehrenmitglied im BSBD-Landesverband Baden-Württemberg

Bernhard Fechtig

ist am 9. Juni 2017 im gesegneten Alter von fast 102 Jahren verstorben.

Wir trauern aufrichtig um ihn und widmen unsere tiefe Anteilnahme seinen Angehörigen und dem BSBD-Ortsverband in Bruchsal.

Bernhard Fechtig gehörte zu den **BSBD-Pionieren** im Lande, da er bereits 1955 dem **BSBD** beitrat und so zu seinen Gründungsmitgliedern zählte. Beim 1. Delegiertentag 1956 wurde er zum Fachgruppenvertreter des damaligen Aufsichtsdienstes gewählt, eine Funktion, die er bis zum Delegiertentag 1974 innehatte. Einige Jahre war er auch Vorsitzender des Ortsverbands Bruchsal. Ebenso bis zum Jahre 1974 war er Mitglied im ersten Hauptpersonalrat beim Justizministerium Baden-Württemberg.

In die Justizvollzugsanstalt Bruchsal – damals noch Landesgefängnis und Zuchthaus – trat **Bernhard Fechtig** bereits 1945 ein und er war schließlich über 12 Jahre Aufsichtsdienstleiter, bis er im August 1975 in seinen wohlverdienten Ruhestand eingetreten ist. Diesen durfte er fast 42 Jahre lang im Kreise seiner Familie mit zwei Töchtern und mit ihm Skat spielenden Schwiegersöhnen, mit vier Enkeln und drei Urenkeln sowie in seinem geliebten Rosengarten erleben. Er betätigte sich auch als Holzschnitzer, war begeisterter Mineraliensammler sowie Mitglied im Musikverein und Gartenbauverein an seinem Wohnort Untergrombach.

Bernhard Fechtig war Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande der Bundesrepublik Deutschland, das ihm vom damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel auf Vorschlag des früheren Leiters der JVA Freiburg – Reinhold Frank – im Jahre 1976 verliehen wurde. Maßgeblich hierfür war seine Aufbauleistung für den BSBD-Landesverband.

Die noch fehlende Ehrenmitgliedschaft im Verband konnte dann Bernhard Fechtig mit viel Freude und Stolz zu seinem 100. Geburtstag am 7. August 2015 durch Überreichung der Ehrenurkunde von Landesvorsitzenden Alexander Schmid entgegen nehmen – und zwar bei guter Gesundheit des Jubilars und schönstem Sommerwetter.

Bernhard Fechtig mit seiner Ehrenurkunde an seinem 100. Geburtstag.

Wir werden unseren BSBD-Gründervater Bernhard Fechtig stets in ehrenvoller und herzlicher Erinnerung behalten.

Guido Wolf besucht Justizvollzugsanstalt Konstanz

Anerkennung und Respekt für die Leistungen der Bediensteten

Baden-Württembergs Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf hat die Justizvollzugsanstalt Konstanz besucht. Der Besuch ist Teil einer Besuchsreihe, die Minister Wolf in alle 17 Vollzugsanstalten des Landes führt.

In Konstanz tauschte er sich mit der Anstaltsleiterin **Ellen Albeck** sowie mit weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Am Gespräch und am anschließenden Rundgang durch die Anstalt nahm auch **Alexander Schmid**, der Vorsitzende des Landesverbands des Bunds der Strafvollzugsbediensteten und selbst Justizvollzugsbeamter in der JVA Konstanz, teil.

Justizminister **Guido Wolf** sagte: „Im baden-württembergischen Justizvollzug haben wir derzeit eine Phase außergewöhnlicher Belastung. Mit meinem Besuch will ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Strafvollzug meinen Respekt und meine Anerkennung ausdrücken."

Hintergrund ist, dass in Folge eines starken Anstiegs der Gefangenenzahlen seit Mitte 2015 viele Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg überbelegt sind.

Anstaltsleiterin **Ellen Albeck** berichtete **Wolf** aus der täglichen Arbeit und wies darauf hin, dass der Anteil psychisch auffälliger Gefangener in den vergangenen Jahren stark gestiegen sei.

Für die JVA Konstanz sei in diesem Zusammenhang die erfolgreiche Kooperation mit dem Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Reichenau von hoher Bedeutung. Die hohe Anzahl psychisch auffälliger Gefangener stelle die Bediensteten gleichwohl vor große Herausforderungen. Die Justizvollzugsanstalt Konstanz wurde im 19. Jahrhundert als Kreisgefängnis errichtet. Gegenwärtig sind dort ausschließlich männliche Gefangene untergebracht. 2012 wurde ein neues Gebäude mit Torwache und Besuchsabteilung in Betrieb genommen. Ein weiterer Gebäudeteil wird derzeit umgebaut. Der erste Bauabschnitt dieser aktuellen Sanierung wurde im Juni 2017 fertiggestellt. Zurzeit weist die Anstalt 136 Haftplätze auf.

Die Anstalt hat aus dem aktuellen Haushalt eine zusätzliche Stelle erhalten. Insgesamt hat das Ministerium der Justiz und für Europa 2017 67 zusätzliche Stellen für den Justizvollzug erhalten. Minister der Justiz und für Europa **Guido Wolf** ist überzeugt, dass im nächsten Doppelhaushalt 2018/2019 weitere zusätzliche Stellen für den Justizvollzug erforderlich sind.

(PM des JuM vom 25.08.2017)

Überbelegung und Schließungen von Vollzugseinrichtungen

Prognosen zu Belegungszahlen sind einfach nicht möglich

In der Überschrift ist bereits ein eklatanter Widerspruch – und derzeit ist landesweit die Überbelegung in den Vollzugsanstalten in aller Munde. Denn ab Ende 2015 hat die Belegungswelle den baden-württembergischen Justizvollzug – und auch den BSBD – regelrecht überrollt. Dabei hat sich wieder einmal überdeutlich gezeigt, dass alle Prognosen zu Belegungszahlen einfach nicht möglich und schon gar nicht zuverlässig sind. Hauptsächlich betroffen ist der Vollzug an männlichen erwachsenen Gefangenen – besonders in der Untersuchungshaft.

Selbst der **FAZ** vom 17. Mai 2017 war diese Entwicklung in Baden-Württemberg einen Artikel wert:

„Stuttgart. – Die Flüchtlingskrise hat in Baden-Württemberg zu einer Überbelegung der Justizvollzugsanstalten geführt. Im April 2017 befanden sich insgesamt 7442 Gefangene in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten, Ende 2015 waren es noch knapp 1000 Gefangene weniger, nämlich 6520. Der Anteil von Gefangenen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit ist von 39 Prozent im Jahr 2015 auf 46 Prozent im Jahr 2017 gestiegen. Der Anstieg der Gefangenenzahlen kommt hauptsächlich durch Migranten aus Gambia und den Maghreb-Staaten zustande, die in Deutschland straffällig geworden sind. Derzeit fehlen in den Justizvollzugsanstalten des Landes auch aus diesem Grund 800 Haftplätze.

*Weil die neue Justizvollzugsanstalt in Rottweil mit 500 Plätzen voraussichtlich erst 2023 fertiggestellt sein wird, hat sich der baden-württembergische Justizminister **Guido Wolf (CDU)** entschlossen, den „Turm" in der JVA Stammheim vorerst nicht abreißen zu lassen. In diesem symbolträchtigen, 1964 gebauten „Bau I" waren in den siebziger Jahren die Rädelsführer der **RAF** inhaftiert. **Andreas Baader, Gudrun Ensslin** und **Jan-Carl Raspe** nahmen sich im Oktober 1977 in den Zellen des siebten Stocks das Leben."*

Die aus der Überbelegung entstehenden Belastungen und Konflikte sind für Bedienstete wie für Gefangene im alltäglichen Vollzugsablauf enorm und nahezu unerträglich.

Sehr anschaulich hat dies **Stephen Wolf von dpa am 22. Juni 2017 in seinem Artikel „Es wird eng hinter Gefängnismauern"** beschrieben:

Stuttgart (dpa/lsw) *– „Enge, Frust und Wut: Hinter den Mauern vieler Gefängnisse im Südwesten herrscht dicke Luft. Die anhaltende Überbelegung in vielen baden-württembergischen Haftanstalten wird für Gefangene aber auch für Justizbedienstete zur Belastungsprobe. Wie es vom **Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)** heißt, wirkt sich die Enge negativ aus. Nicht selten müssten zwei Gefangene wegen des zunehmenden Belegungsdrucks in Räumen zusammenleben, die als Einzelzelle konzipiert seien. „Wir haben kaum Möglichkeiten zu reagieren», sagt **Alexander Schmid,** Landesvorsitzender des **BSBD** und selbst Justizbeamter in Konstanz. In Haftanstalten mit Überbelegung könnten Freizeitangebote außerdem auch nicht mehr problemlos angeboten werden. Gefangene könnten seltener beim Sport Dampf ablassen. Enge und fehlender Ausgleich erhöhten die Aggressivität: „Die Kollegen bekommen den Frust ab", sagt **Schmid**. Übergriffe und Handgreiflichkeiten nähmen zu."*

Die davor liegende Zeit der geringeren Belegung hatte indes sehr problematische Auswirkungen, da eine Reihe von Schließungen von Vollzugseinrichtungen vorgenommen worden waren. Bereits damals hatte der **BSBD** deutlich seine Bedenken zu diesen Maßnahmen artikuliert und sich bei Gesprächen im Justizministerium sehr kritisch geäußert.

Dies war insbesondere im Januar und Februar 2015 der Fall, als es um die Aufgabe der Außenstellen Crailsheim, Klein-Comburg und Sachsenheim ging. *(Besprechung im Justizministerium am 5. März 2015, s. auch: DER VOLLZUGSDIENST 2/2015, S. 5ff.)*

Dem **BSBD**-Landesvorstand war völlig klar gewesen, dass er diese Entscheidungen hätte weder beeinflussen noch gar revidieren können, denn als Organisations- oder Strukturmaßnahme lagen sie ausschließlich in der Entscheidungshoheit der Justizverwaltung.

Und obgleich Personalbelange tangiert werden, hat auch die Personalvertretung dabei keine Mitwirkungsmöglichkeit.

Dem **BSBD** war es aber ein großes Anliegen, Härten bei den Kollegen und Kolleginnen frühzeitig erkennen und diese möglichst wirksam abfedern zu können.

Übersicht der Schließung von Vollzugseinrichtungen *(Qu. BSBD LV)*

Schließungen seit 2013	Anzahl der Haftplätze (gem.HPEP)
Außenstelle Heidenheim	63 (8)*
Außenstelle Crailsheim	24
Außenstelle Klein-Comburg	28
Außenstelle Sachsenheim	(68)*
Außenstelle Ellwangen	37
Außenstell Heidelberg	93
JVA Pforzheim (Umwidmung in Abschiebehaft)	133 (15)*
Insgesamt	**446***

**91 Haftplätze im offenen Vollzug wären abzuziehen.*

Die entfallenen übrigen **355 Haftplätze** beziehen sich somit auf den geschlossenen Vollzug und diese Zahl entspräche einer mittelgroßen Vollzugsanstalt, dies könnte in der derzeitigen Situation (August 2017) sehr hilfreich sein.

Es sind noch weitere Aspekte zu beachten: Nach dem Haftplatzentwicklungsprogramm aus dem Jahre 2007 (HPEP) waren eine Reihe von Schließungen vorgesehen, die sich jedoch jeweils am Fortschritt bei der Schaffung neuer Haftplätze orientieren sollten. Die im Januar 2015 betroffenen drei Einrichtungen waren zum Teil im HPEP aber gar nicht vermerkt. Es ist somit anzunehmen, dass diese drei Schließungen als Zugeständnis gegenüber dem **Rechnungshof des Landes** zu werten sind, da von dort regelmäßig bei sinkenden Gefangenenzahlen der Abbau von Personalstellen gefordert wurde.

Am 22. Dezember 2014 hatte der Rechnungshof dem Justizministerium eine Prüfungsmitteilung mit dem Betreff: „Haftplatzbedarf sowie Einrichtungen des offenen Vollzugs und des Freigangs" zugesandt. Mit den am Ende der Mitteilung aufgemachten **„Schließszenarien"** hätte der Rechnungshof den offenen und den landwirtschaft-

lichen Vollzug im Lande sehr stark ausgedünnt. Deshalb wurde wohl weit vor Ablauf der Erklärungsfrist vom Ministerium über die drei Schließungen entschieden.

Indessen haben wir bei hohen Überbelegungen – wie zurzeit – vom Rechnungshof noch nie etwas von einer Aufforderung zum Stellenausbau im Vollzug vernommen. Im Gegenteil: der Rechnungshof hat bereits moniert, dass die Landesregierung noch nie so viele neue Stellen wie zurzeit schaffen würde. *(swr AKTUELL 24.07.2017)*

Für den **BSBD** stehen auch noch andere Gründe der Aufgabe von Vollzugseinrichtungen entgegen. Die Zunahme von Straftätern aus kriminellen Banden und auch gefährliche subkulturelle Erscheinungen machen häufig gezielte Verlegungen und die Trennung von „vernetzten" Gefangenen notwendig. Es bedarf deshalb eines hohen Differenzierungsgrades im Justizvollzug eines Flächenlandes.

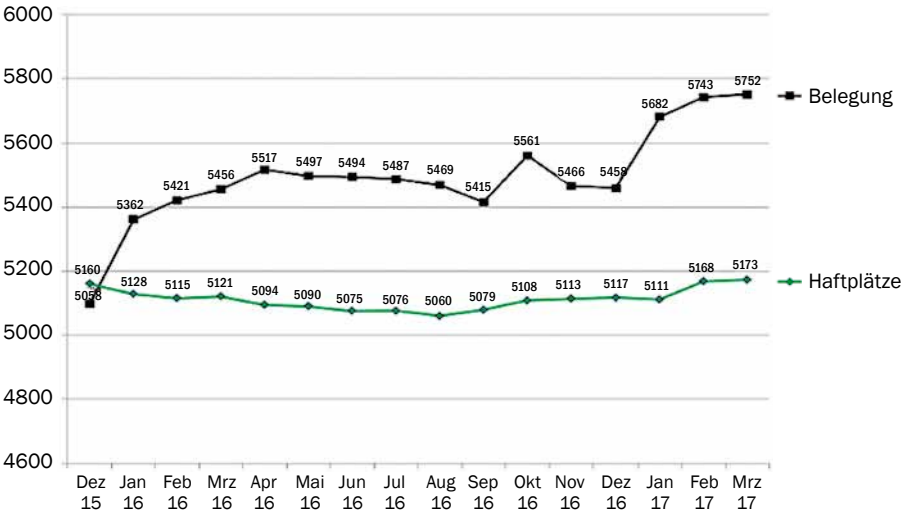
Zudem haben Anstaltsschließungen auch eine soziale Komponente, da sie oft erhebliche Auswirkungen auf Wohn- und Arbeitsplatzsituation, auf kommunale und gesellschaftliche Einbindung der Bediensteten haben.

Diese bedenkliche Gesamtentwicklung geht auch aus der obenstehenden Grafik hervor, die zeigt, wie spannend auch Statistik sein kann: Im Dezember 2015 schnellt die Kurve der Gefangenenzahlen beängstigend steil nach oben und setzt sich auf diesem hohen Niveau zunehmend fort, während die Zahl der Haftplätze unten weiter vor sich hindümpelt.

(Qu. JuM PPP 270517)

Entwicklung Haftplätze

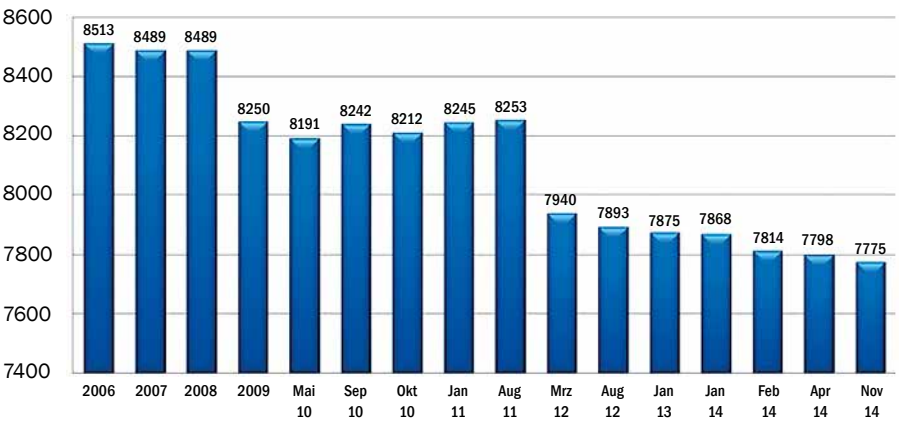
Belegung im geschlossenen Männervollzug



Für einen längeren Zeitraum des Abbaus von Haftplätzen seit 2006 ergibt sich für den baden-württembergischen Vollzug noch eine ganz andere Dimension, wie die folgende Grafik zeigt. In dieser Zeit gingen fast 740 Haftplätze verloren. *(Qu.: JuM BW – Justizvollzug – Daten und Fakten)* *wok*

Entwicklung Haftplätze insgesamt

im baden-württembergischen Justizvollzug



Nachruf

Wir trauern um unser langjähriges
aktives Vorstandsmitglied

Udo Götzinger

der am 17. Mai 2017 im Alter von 44 Jahren viel zu früh verstorben ist.

Er war über ein Jahrzehnt ein aktiver
und zuverlässiger Posten
in der örtlichen Vorstandschaft.

Durch seine positive Ausstrahlung
werden wir ihn stets
in guter Erinnerung behalten.

Unsere besondere Anteilnahme gilt der Familie.

Vorstandschaft und Mitglieder des BSBD-Ortsverbands Adelsheim

Nachruf

Der BSBD-Ortsverband Mannheim
trauert um sein Mitglied

Alfred Deimann

Hauptsekretär i. JVD i. R.

*** 31.08.1938 † 13.07.2017**

Plötzlich und unerwartet ist unser Kollege
und langjähriges Mitglied im Alter von 79 Jahren
von uns gegangen.

Wir werden ihn in bleibender Erinnerung behalten und
ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen
des BSBD-Ortsverbandes Mannheim

im Juli 2017

Uwe Zielinski
Ortsverbandsvorsitzender

Video-Dolmetschen in Justizvollzugsanstalten

Einrichtung durch Justizminister Guido Wolf in der JVA Stuttgart

Minister Wolf sagte: „Der starke Anstieg der Gefangenenzahlen im Land und insbesondere der nochmals gewachsene Anteil ausländischer Gefangener stellt uns im Justizvollzug vor enorme Herausforderungen. Ein erhebliches Problem sind die mangelnden Deutschkenntnisse zahlreicher Gefangener. Oftmals ist eine Kommunikation in deutscher Sprache schlichtweg unmöglich. Hier soll das Video-Dolmetschen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Vollzugsalltag die Arbeit erleichtern."

Baden-Württembergs Justizminister **Guido Wolf** hat am Mittwoch, dem 17. Mai 2017 das Pilotprojekt für Video-Dolmetschen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten vorgestellt. **Wolf** erläuterte das Projekt in der Justizvollzugsanstalt Stammheim gemeinsam mit dem zuständigen Projektleiter des Ministeriums der Justiz und für Europa, Regierungsdirektor Hansjörg Bart, und dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Stuttgart, **Matthias Nagel.** Weitere Projektanstalten neben Stuttgart sind die Justizvollzugsanstalten in Bruchsal, Karlsruhe, Rottenburg und Rottweil, Außenstelle Hechingen sowie das Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg.

Minister **Wolf** dazu: „Der klassische Übersetzer, der in die Anstalt kommt, ist natürlich nicht 24 Stunden am Tag verfügbar. Solche Termine benötigen auch einen erheblichen Vorlauf."

Für das sechsmonatige Pilotprojekt arbeitet das Ministerium der Justiz und für Europa mit einem Video-Dolmetscherdienst aus Österreich zusammen. Dieser Videodolmetscherdienst stellt den Anstalten mit sehr kurzer Vorlaufzeit – in der Regel innerhalb weniger Minuten – einen Dolmetscher per Videokonferenz zur Verfügung. Für das Projekt wurde das Budget für Dolmetscherkosten im Staatshaushaltsplan für das Jahr 2017 um 60 Prozent erhöht und auf 150.000 € pro Jahr aufgestockt.

In der JVA Stammheim (Bild) ist der Ausländeranteil mit 65,5 Prozent landesweit am höchsten. Dahinter folgen die Gefängnisse Karlsruhe (57,6) und Mannheim (56,6). *Foto: dpa*

Foto: JuM PPP 270517

Videodolmetscher in Aktion.

Zum Stichtag 30. April 2017 befanden sich insgesamt 7.442 Gefangene in den baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten, hiervon 1.850 Untersuchungsgefangene und 5.336 Strafgefangene. Der Anteil ausländischer Gefangener beträgt landesweit rund 46 Prozent. *(PM JuM vom 17. Mai 2017)*

Ausweitung auf alle Vollzugsanstalten in Baden-Württemberg ab Ende August 2017

Justizminister **Guido Wolf** kündigte am 23. August 2017 an, dass künftig in allen 17 Justizvollzugsanstalten und den dazugehörigen 19 Außenstellen Video-Dolmetscher eingesetzt werden sollen. Bislang wurde diese Methode in sechs Gefängnissen im Südwesten getestet. „Das Modellprojekt Video-Dolmetschen ist ein Erfolg und wird von den Justizvollzugsanstalten, in denen es getestet wird, sehr gut angenommen. Deshalb wollen wir noch in diesem Jahr in allen Justizvollzugsanstalten des Landes das Video-Dolmetschen einführen."

Auf das Land kämen Zusatzkosten in Höhe von rund 100.000 Euro jährlich zu. Schon in den Pilot-Gefängnissen (s.o.) sei der Dolmetscher pro Anstalt durchschnittlich 40 Mal im Monat zum Einsatz gekommen, so **Wolf.** Umgesetzt wird der Test von einer österreichischen Agentur. Das Wiener Institut hat laut **Ute Hübler** von der Unternehmensleitung mehr als 750 Dolmetscher, die mit Schichtdiensten zu jeder Tageszeit zur Verfügung stehen. Ob die Österreicher den Auftrag für ganz Baden-Württemberg bekommen, hängt davon ab, ob sie nach einer europaweiten Ausschreibung den Zuschlag erhalten. Diese ist laut Ministerium bei der flächendeckenden Einführung erforderlich.

Wie bekannt, ist ein erhebliches Problem laut Minister **Wolf** die mangelhaften Deutschkenntnisse zahlreicher Gefangener. Vor allem in türkischer und arabischer Sprache sei der Dolmetscherbedarf sehr groß. Die Video-Übersetzer könnten zum Beispiel zu Beginn der Inhaftierung bei der Aufnahme der Personalien und der Abfrage des Gesundheitszustandes sowie bei Besuchen von außen eingesetzt werden. Parallel zu dieser Maßnahme will **Wolf** verstärkt „Justizbedienstete mit zusätzlichen Sprachkenntnissen einstellen."

Der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, Alexander Schmid, begrüßt die flächendeckende Einführung von Video-Dolmetschern: „Das ist absolut richtig. Bisher müssen sich die Justizbedien-

Foto: JuM PPP 270517

Videodolmetschen per Touch in vielen Sprachen.

steten schließlich oft mit Händen und Füßen mit den Häftlingen verständigen." Kommentar „Sinnvoll." *(aus: Heilbronner Stimme vom 23. August 2017 Autor: Michael Schwarz)*

Im Zusammenhang mit Gewalthandlungen gegen Bedienstete ergänzte **Alexander Schmid** hierzu, dass gerade die Sprachbarrieren und die damit verbundenen Verständigungsschwierigkeiten oft zu Missverständnissen und dem Gefühl des völligen „Unverstandenseins" bei Gefangenen führen würden. Die daraus entstehende Enttäuschung und vermeintliche Ablehnung eines drängenden Anliegens könnte dann leicht in erhöhte Aggression bei den Gefangenen umschlagen.

Dass hier eine Klärung durch Dolmetschen ermöglicht wird, sei insbesondere direkt nach der Inhaftierung erforderlich, wenn die neu Inhaftierten noch viele persönliche Probleme vorbringen und lösen möchten. *wok*

„Ein Dauerbrenner, der immer wieder neu fasziniert“

Personalräte des BSBD Baden-Württemberg tagen in Hößlinsülz

Im Terminkalender aller Personalräte des BSBD bei den Justizvollzugsanstalten des Landes gibt es einen festen Termin in jedem Jahr. Die zweitägige Personalrätetagung des BSBD, die traditionell im Landhotel Roger in Hößlinsülz am Fuße der Löwensteiner Berge stattfindet, war auch dieses Jahr am 23. und 24. Mai 2017 ein echter Knüller.

Alexander Schmid, Harald Egerer und Michael Schwarz.

Fast 40 Personalräte des **BSBD** konnten sich in den zwei Arbeitstagen über Fachreferate und Impulsvorträge freuen. Unter der Tagungsleitung von **Michael Schwarz**, der erstmals in Nachfolge von **Georg Konrath** für diese Tagung verantwortlich zeichnete, waren sowohl der Landesvorsitzende des **BSBD Alexander Schmid**, der Leiter des Personalreferates der Abteilung Justizvollzug im Ministerium der Justiz und für Europa, Leitender Ministerialrat **Harald Egerer,** wie auch der neue Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Gesamtjustiz, **Manuel Hellstern,** und nicht zuletzt das Mitglied des Kriseninterventionsdienstes im Justizvollzug, **Reiner Bürgelin,** mit ihren Ausführungen ganz nah am Puls der vollzuglichen Zeit.

Manuel Hellstern.

Eine wirklich geballte Ladung an Informationen war es, die die Tagungsteilnehmer mit nach Hause nehmen konnten. Während LMR **Egerer** neben seinen allgemeinen Ausführungen zu verschiedensten Personalthemen auch zu den im Vorfeld eingegangenen ca. 20 Fragen aus der Praxis ausführlich Stellung nahm und viele Antworten geben konnte, stellte **Alexander Schmid** dar, wie wichtig die politisch-gewerkschaftliche Arbeit für das Erreichen der Ziele des **BSBD** und damit die Erfüllung der Wünsche und Vorstellungen all seiner Einzelmitglieder aus den verschie-

Die versammelten Tagungsteilnehmer mit Leitung und Referenten.

Fotos (4): BSBD-LV BW

densten Tätigkeitsbereichen des Justizvollzuges ist. Die Zahlen dessen, was gerade auch in jüngster Zeit erreicht werden konnte, waren beeindruckend.

Manuel Hellstern, als der seit Januar 2017 neu im Amt befindliche Vorsitzende des Hauptpersonalrates war erschienen, um sich den Personalräten des **BSBD** persönlich vorzustellen. Er zeigte sich offen für eine weiterhin enge und bewährte Zusammenarbeit zwischen Hauptpersonalrat und **BSBD** und er sah den Landesverband mit seinen beiden Mitgliedern im Hauptpersonalrat **Michael Schwarz** und **Alexander Schmid** weiterhin als personell gut aufgestellt an.

Reiner Bürgelin, der als Bediensteter des Vollzugsdienstes im Justizvollzug der JVA Freiburg tätig ist, stellte in

Reiner Bürgelin.

seinem spannenden Referat die Arbeit des Kriseninterventionsdienstes im Justizvollzug ausführlich dar. Da gerade auch Personalräte häufig mit Fragen bei Krisensituationen von Bediensteten konfrontiert sind und gerne kompetent Hinweise geben möchten, war sein Vortrag ein wichtiger Impuls für die Arbeit aller Personalräte.

Es wurde aber auch, bei aller Fachlichkeit, bei einem guten Glas Wein oder einem kühlen Bier beim abendlichen Grillfest, welches wie immer durch den Chef des Hauses Herrn **Roger** persönlich zelebriert wurde, einfach nur mal gequatscht und die Kameradschaft unter den Kolleginnen und Kollegen gepflegt. Mehr als wichtig in der heutigen Zeit, die oft zu wenig Raum für inneren Zusammenhalt und Gemeinschaft bietet.

Und so konnte Tagungschef **Michael Schwarz** nach seiner mehr als gelungenen Premiere auch feststellen, dass sich alle Teilnehmer und auch Referenten schon auf das „nächste Mal im Roger“ freuen. *als*

Pokal-Sieg beim 5-Länder-Turnier

Betriebssportgruppe der JVA Adelsheim gewinnt in München

Gleich zwei Anstalten aus Baden-Württemberg schickten ihre BSG-Teams am 30. Juli 2017 zum 5-Länderturnier nach München.

Mit finanzieller Unterstützung durch den **BSBD** traten die Beamten-Fußballmannschaften aus Adelsheim und Heilbronn die Reise am Vortag des Turniers an, um abends noch etwas die bayerische Hauptstadt zu erkunden.

Nach dem Frühstück ging es am Samstagmorgen für beide Mannschaften auf den Sportplatz. Vom Trainer **Martin Schaffner** – der von Kollege **Weimann** unterstützt wurde – eigentlich gut eingestellt, ging es für die Heilbronner Mannschaft im ersten Spiel gegen die Kollegen aus Trier. Leider war das taktische Konzept schon nach wenigen Minuten dahin, als die Gäste aus einem Freistoß heraus das 1:0 erzielten – ein etwas unglückliches Gegentor aus Heilbronner Sicht. Was aber viel schlimmer war, ist, dass man es in den restlichen 20 Minuten – trotz Überzahl – nicht schaffte, auch nur eine gefährliche Torchance herauszuspielen. Somit ging der Sieg verdient an die Gegner. Nach dieser Enttäuschung hieß es, die Truppe aufzubauen und taktisch nochmals einzustellen, da man nun – mit zwei Verletzten – gegen die starke Mannschaft der BSG Zweibrücken antreten musste. Mit zwei Gegentreffern war die Chance aufs Halbfinale frühzeitig dahin und auch gegen den Rekordsieger aus Saarbrücken war trotz sehr guter Leistung nichts zu machen. Die Truppe erarbeitete sich mehrere, teil-

weise hochklassige Torchancen, welche leider nicht genutzt wurden. Mit dieser Leistung wäre in den beiden Spielen zuvor definitiv mehr drin gewesen.

Im Strafstoßschießen ging es dann um den siebten Platz, sodass die Heilbronner doch noch jubeln durften und einen versöhnlichen Abschluss fanden.

Im Ersten Spiel gegen die JVA Wittlich startete die Mannschaft aus Adelsheim mit einem Unentschieden etwas unruhig ins Turnier. Gegen die JVA Frankenthal ließ Adelsheim den Ball wieder gut laufen und ging nach einem Flankenball durch Direktabnahme mit 1:0 in Führung. Der 2:0 Endstand erfolgte nach einem Eckball noch in der ersten Halbzeit.

Gegen die Münchner Mannschaft konnte man durch einen Kopfball aus 45 Metern und durch einen Strafstoß mit 2:0 in Führung gehen. Das sehr faire Spiel gegen den Gastgeber konnte mit 3:1 gewonnen und so der 2. Platz in der Gruppe verbucht werden.

In einem hitzigen Halbfinalspiel konnte Zweibrücken durch einen schönen Spielzug über links mit 0:1 in Führung gehen. Da die Mannschaft aus Adelsheim der Ausgleichstreffer gelang, wurde das Spiel durch „Elfmeterschießen“ entschieden. Mit einem 5:3 Ergebnis traf man anschließend im Finalspiel auf die JVA Saarbrücken. Nachdem Adelsheim durch einen Eckball mit 1:0 in Führung ging, konnten sie noch vor der Pause auf 2:0 erhöhen. Auch in der 2. Halbzeit dominierte man weiter das Spiel und konnte es mit 3:0 beenden. Die Betriebssportgruppe der JVA Adelsheim konnte somit bei der zweiten Turnierteilnahme das erste Mal den Sieg des 5-Länderturniers feiern. Die Siegerehrung mit anschließender Feier begann am Abend im Sportheim der Spielstätte. Nach der Begrüßung durch die Münchner Kollegen sowie Grußworte des Anstaltsleiters der JVA München kam es zur Pokalüberreichung und einer ausgiebigen Feier, welche bei guter Stimmung durch die Liveband bis tief in die Nacht ging.

Nach einer durchgefeierten Nacht ging es für beide Mannschaften am Sonntagmorgen wieder zurück in die Heimat, was nicht ganz problemlos war. Während die Heilbronner von einem Stau in den nächsten fuhren, blieb der Bus des neugekürten 5-Länder-Meister aus Adelsheim auf der Strecke liegen. Nach etwa dreistündiger Zwangspause und einem ausgetauschtem Bus kamen aber alle Teilnehmer wieder gut in ihren Anstalten an. Für beide Mannschaften steht jedoch schon fest, dass sie nach diesem tollen Wochenende auch beim nächsten 5-Länderturnier in zwei Jahren antreten wollen. Der Dank der Teilnehmer geht an die Gastgeber der BSG München.

Text und Fotos: S. Fuchs/L. Rinklin

Schwäbisch Hall wird Landesmeister

Überraschend und ohne ein einziges Gegentor gewonnen

Am **23. Juni 2017** fand in Offenburg das **Landessportfest der Justizvollzugsanstalten** statt. Die Fußballer der JVA Schwäbisch Hall haben dabei genauso überraschend wie souverän die Landesmeisterschaft gewonnen, ohne ein einziges Gegentor zu kassieren! Mit diesem Erfolg hat sich die Mannschaft für die Deutsche Meisterschaft im kommenden Jahr qualifiziert.

Grillfest des Ortsverbandes Bruchsal

Am 29. Juni 2017 lud der OV Bruchsal zum Grillfest ein. Über 30 Mitglieder folgten der Einladung, darunter auch viele Pensionäre. Nach der Begrüßung durch OV-Vorsitzenden Johann Hermann wurde das Büfett eröffnet. Bei leckeren Steaks, Bratwürsten und dem ein oder anderen Viertele Wein verbrachten wir einen geselligen Abend. *Foto: BSBD*